Land ohne Milch

Venezuela Es mangelt an allem, stundenlang müssen die Bürger für Lebensmittel anstehen. Um von ihrem Versagen abzulenken, verfolgt die Regierung nun die Supermarktbetreiber. Die Versorgungskrise ist längst eine Staatskrise. *Von Marian Blasberg*



Als das Wunder geschah, saß Rodrigo Pérez in seinem Kabuff neben dem Ladenlokal in der Calle Martín, von wo aus er in diesen Tagen den Mangel in den Regalen der venezolanischen Supermarktkette DíaDía verwaltet. Sein Telefon klingelte, und in der Leitung war ein Beamter aus dem Ernährungsministerium, der fragte, ob Pérez nicht 15 Tonnen Milchpulver gebrauchen könne, Lieferung am selben Abend.

Seit Wochen hatte Pérez sich bemüht, Milchpulver zu finden. Jeden Morgen hatte er die Nummern seiner Zulieferer gewählt, aber deren Antwort war stets die gleiche: Unsere Lager sind noch immer leer. Auch bei der Regierungsbehörde, die die Milch importiert, stieß er auf taube Ohren.

Pérez schaut in den Rückspiegel seines gepanzerten SUV, als er davon erzählt. Er runzelt die Stirn. „15 Tonnen“, sagt er. „Das sind Krümel, gemessen an dem, was wir brauchen. Aber es ist besser als nichts.“

Es ist ein Samstagmorgen, als Pérez durch den dichten Stadtverkehr von Caracas navigiert, um sich in den Filialen ein eigenes Bild von der Ware zu machen. Pérez, ein krisenfester Mann Anfang vierzig, war für eine Weile Logistikmanager bei McDonald’s, ehe er vor neun Jahren zu DíaDía wechselte. Auf dem orangefarbenen Anhänger, der ihm um den Hals baumelt, steht „Betriebsleiter“. Im Augenblick heißt das vor allem, dass Pérez nach Lebensmitteln fahndet, die es nicht gibt. Denn es ist ja nicht nur die Milch, die fehlt.

Aus dem Wagen deutet Pérez immer wieder auf die Schlangen, die sich vor den Supermärkten bilden. Vor dem Bicentenário, wo sie an Samstagen jetzt nur noch Leute reinlassen, deren Personalausweise mit den Ziffern 6 und 7 anfangen, stauen sie sich fast einen halben Kilometer weit. Auch vor der Plaza drängeln sie sich auf den Bürgersteigen, vor dem Makro, vor dem Unicasa, in der vagen Hoffnung, dass im Laufe des Tages vielleicht etwas Maismehl geliefert wird, Kaffee oder Reis.

Venezuela ist ein Land, das sich gewöhnt hat an Versorgungskrisen, aber selten war die Knappheit so dramatisch wie in diesen Wochen. Es fehlt an Nahrung, Putzmitteln, an Zahnpasta und Klopapier. Es sieht so aus, schrieb kürzlich der Soziologe Heinz Dieterich, ein langjähriger Wegbegleiter des damaligen Präsidenten Hugo Chávez, als sei vom Experiment eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts nichts geblieben als eine „idiotische, selbstmörderische Wirtschaft“, die geradewegs auf den Kollaps zusteuert. Zwei Jahre nach Chávez’ Tod entscheidet sich die Zukunft der Revolution in Supermärkten wie dem DíaDía.

Mit dem fallenden Ölpreis wuchsen die Schlangen vor den Läden. Sie wurden länger, als er Anfang November auf 80 Dollar für ein Barrel sank. Im Dezember, als er bei 60 Dollar lag, flogen Steine in die Eingangstüren, im Januar, bei 47 Dollar, lagen die Nerven so blank, dass 16 Menschen festgenommen wurden, weil sie beim Warten vor den Geschäften randalierten.

Fast seine gesamten Einnahmen bezieht Venezuela aus dem Verkauf von Öl. Wenn der Preis einbricht, bedeutet das, dass die Devisen fehlen, um auf dem Weltmarkt all die lebensnotwendigen Dinge einzukaufen, die die eigene Wirtschaft nicht mehr produziert. Allein 2014 schlossen 4000 Fabriken. Es fehlt also viel.

Schon seit Monaten veröffentlicht die Notenbank keine aktuellen Zahlen mehr. Die Inflationsrate hat sich bei knapp 70 Prozent eingependelt, und niemand weiß, woher die 30 Milliarden Dollar kommen sollen, mit denen die Regierung in diesem Jahr fällige Schuldzahlungen leisten muss. In seiner Verzweiflung war Präsident Nicolás Maduro in den letzten Wochen unter anderem in China, Iran und Saudi-Arabien unterwegs, doch nirgends gewährte man ihm noch Kredit.

Das Land, so scheint es, steht kurz vor dem Bankrott. Die Versorgungskrise ist längst eine Staatskrise.

In den Schlangen raunen sich die Menschen zu, dass immer mehr Minister ihre Familien nach Miami brächten. Hinter den Kulissen halten sich Gerüchte, dass das Militär einen Putsch vorbereite, aber Maduro tut, was auch Chávez immer tat: Er versucht, Zeit zu gewinnen, indem er die Dinge mit Rhetorik zukleistert.

In Endlosschleifen sendet das Staatsfernsehen Bilder aus angeblich prall gefüllten Warenlagern. Während die Kameras auf Milchpulverpaletten zoomen, führt Maduro aus, dass es keine Knappheit gebe. Die Supermärkte, erklärt er immer wieder, horteten Lebensmittel, um die Wut auf die Regierung anzufachen. Die Oligarchen, so sieht es der Präsident, führten einen Wirtschaftskrieg gegen die Revolution.

Es ist wie immer in Venezuela: Jeder lebt in seiner eigenen Wirklichkeit. Das Land ist so tief gespalten, dass sich seine Bürger nicht mal darüber einig sind, ob es genügend Essen gibt.

„Noch nie“, sagt Pérez, der Betriebsleiter von DíaDía, „war der Druck so groß wie heute.“

Mehrmals in der Woche tauchen in seinem Verteilzentrum jetzt Spürhunde der Regierung auf, die nach angeblich gehorteten Produkten fahnden. An manchen Tagen, sagt Pérez, steige er sogar selbst wieder auf den Gabelstapler, damit das, was sie im Lager haben, so schnell wie möglich in die Läden kommt. Ein falsches Preisschild, ein verspäteter Lastwagen, ein Kunde, der vier Pakete Milchpulver einkauft statt der er-



Kunden bei Ansturm auf Klopapier im DíaDía-Supermarkt in Catia: Eine idiotische, selbstmörderische Wirtschaft

laubten zwei – all das kann Bußgelder bedeuten, sogar Gefängnisstrafen. Es kann dazu führen, dass Maduro die gesamte Ware medienwirksam konfiszieren lässt.

Auch Pérez' Chef José Aguerrevere hatte eigentlich einem Gespräch zugestimmt. In Venezuela sei das Führen einer privaten Supermarktkette theoretisch ja noch kein Verbrechen, schrieb er in einer E-Mail. Aguerrevere wurde 2013 als „Sozialer Unternehmer des Jahres" ausgezeichnet, 35 Billigsupermärkte hat er in den vergangenen Jahren aufgemacht, die Hälfte davon am Fuß der Armenhügel von Caracas. Deshalb müsste man meinen, dass einer wie er von der Regierung nichts zu befürchten hat.

Dann aber ließ Maduro die Lagerhallen von Aguerreveres Zulieferer Zuli Milk von der Polizei besetzen, weil dort angeblich tonnenweise Milchpulver zurückgehalten wurde. Tage später ließ er den Geschäftsführer der Apothekenkette Farmatodo festnehmen, weil ihm die Schlangen vor den Läden nicht gefielen. Das war der Moment, in dem Aguerrevere absagte, aus Angst, dass er der Nächste sein könnte.

Egal, mit wem man in Caracas spricht, Einkäufer, Juristen, Chefs von großen Supermarktketten, sie alle reden nur hinter vorgehaltener Hand. Als verkauften sie nicht Reis und Milch, sondern Waffen. Auch Rodrigo Pérez hat darum gebeten, seinen echten Namen nicht zu nennen.

Als Pérez im Bezirk Catia vor einer der Filialen von DíaDía aus dem Wagen steigt, ist noch alles ruhig. Die Türen stehen offen. Pérez nickt den Putzfrauen zu, die in ihren orangefarbenen T-Shirts zwischen den Kassen die Fliesen wischen. Er läuft vorbei an leeren Kühltruhen, streift durch Regalreihen, in denen es kein Speiseöl mehr gibt, keine Butter, keinen Reis. An manchen Stellen wirkt es, als hätten sie die verbliebene Ware so arrangiert, dass es voller aussieht. Eine Reihe Essig. Stapelweise Hundefutter. Im Lager hinter dem Verkaufsraum: eine Palette Ketchup. Ansonsten nichts.

„Was ist mit dem Milchpulver, das sie uns versprochen haben?", fragt Pérez eine junge Frau, in deren Pferdeschwanz ein Bleistift steckt.

„Sie beladen gerade den Lkw", sagt Marielys Rosal, die in der Filiale den Überblick über das Inventar behält. „Sieben Paletten haben sie für uns draufgepackt." Sie fischt eine Liste aus ihrer Jeans. „Außerdem kommen 700 Kilo Maismehl, 528 Kilo Margarine und 840 Kilo regulierter Reis."

„Das wird ein Massaker", murmelt Pérez. „Was ist mit der Polizei?" – „Ist auch

FOTO: MERIDITH KOHUT / DER SPIEGEL



Schlange vor einem Geschäft in Caracas: Stundenlanges Warten, in der vagen Hoffnung, dass Milch oder Reis geliefert werden

schon unterwegs.“ Einmal am Tag, in der Stunde bevor der Laster vorfährt, verwandelt sich der Supermarkt in eine Festung. Wenn die Polizisten kommen, ist dies das Zeichen, dass es losgeht. Dann dauert es nur Sekunden, bis sich die Ersten anstellen. Vorn stehen die Alten und die Schwangeren, dazwischen Tagediebe, die sich ein bisschen was damit verdienen, sich für andere anzustellen. Darunter mischen sich die Schwarzmarkthändler, die ihre Beute aus dem DíaDía später für ein Vielfaches verkaufen.

Und am Ende tauchen die Kontrolleure der Regierung auf, erkennbar an ihren Safariwesten und Baseballkappen. Es sind Freiwilligentrupps, die dafür sorgen sollen, dass die Supermärkte ihre Ware nicht zu Wucherpreisen losschlagen. Pérez nennt sie „Korinthenkacker, die jedes Etikett umdrehen“.

Besonders haben sie es auf die „regulierten“ Lebensmittel abgesehen, die nur zu künstlich festgelegten Billigpreisen angeboten werden dürfen. Das bedeutet, dass Milchpulver nicht mehr als 63 Bolivares pro Kilo kosten darf. Auch Reis, Maismehl oder Speiseöl sind wie ein knappes Dutzend andere Produkte reguliert. Damit will die Regierung sicherstellen, dass niemand im Land hungern muss, aber es ist kein Zufall, dass ausgerechnet diese Dinge heute fehlen.

Für wen würde es sich lohnen, Milchpulver zu produzieren, wenn die Herstellungskosten die Einnahmen übersteigen? Welches Unternehmen kauft auf dem Weltmarkt ein, wenn der Einkaufspreis der Waren über dem Verkaufspreis liegt?

Aus diesem Grund ist die Regierung seit Jahren der größte Importeur von Lebensmitteln. Rund 70 Prozent aller Waren kommen mittlerweile aus dem Ausland. Seit Chávez 1999 Präsident wurde, haben sich die Ausgaben des Staats für den Kauf von Milchpulver verzehnfacht. Um die Nachfrage zu decken, müsste die Regierung allein dafür jährlich knapp eine Milliarde Dollar ausgeben, doch aufgrund der einbrechenden Ölpreise, schätzen Experten, lagen die Einfuhren 2014 nur knapp bei der Hälfte des Bedarfs.



Staatliche Kontrolleurin Castro
Hetzjagd auf vermeintliche Wucherer

Die Milch ist nur ein Beispiel für viele. Zahllose Eingriffe haben die Wirtschaft in einen dichten Dschungel aus Verordnungen, Kontrollen und Regulierungen verwandelt, der selbst für jemanden wie Rodrigo Pérez kaum zu durchdringen ist. Es ist eine Wirtschaft, die einer eigenen Logik folgt. Als Chavista würde man sagen, es ist die Logik der Revolution.

Um dies zu verstehen, muss man zurückblicken auf die Ereignisse des Winters 2002/03, die Venezuela grundlegend veränderten. In seinen ersten Jahren war Chávez ein Präsident gewesen, der von einer Marktwirtschaft sprach, die gerechter sein sollte. Die Einkünfte aus dem Verkauf des Öls sollten umgeleitet werden in Sozialprogramme. Schließlich verfügt Venezuela über die größten Ölreserven der Welt.

Dann aber legte zur Jahreswende ein wochenlanger Streik das Land lahm. Zunächst waren es die Mitarbeiter des Ölkonzerns PDVSA, die ihre Arbeit niederlegten, um gegen eine „Kubanisierung“ der Wirtschaft zu protestieren, dann kamen immer mehr Unternehmen dazu. Die Milchfirma Parmalat und der Nahrungsmittelkonzern Polar stoppten ihre Produktion, sogar Shoppingmalls und Supermärkte schlossen. Für Chávez, der Monate zuvor nur knapp einen Putsch überstanden hatte, waren es

FOTOS: MEREDITH KOHUT / DER SPIEGEL

Wochen, die seinen politischen Kompass neu justierten. Er radikalisierte sich.

Die Privatwirtschaft nannte er jetzt ein „Monster“, das gebändigt werden müsse. Die Unternehmen, erklärte er, seien unfähig, das Land verlässlich zu ernähren. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, von dem Chávez nun erstmals sprach, begann als Rachefeldzug gegen die, die ihn aus dem Amt streiken wollten.

Beraten von kubanischen Regierungsleuten, legte Chávez den Konzernen enge Ketten an. Um den Devisenfluss zu kontrollieren, verbot er den Handel mit ausländischen Währungen. Wer Dollar für Importe brauchte, der musste sich nun an eine neu gegründete Behörde wenden, die angewiesen wurde, „keine Devisen an Putschisten“ auszugeben. Es müssen Tausende Betriebe sein, die Chávez auf diese Weise in die Knie gezwungen hat, und die, die es heute noch gibt, klagen über monatelange bürokratische Prozesse.

Parallel dazu verlegte Chávez die Sicherung der Grundversorgung in staatliche Hände. Überall im Land eröffneten nun Regierungssupermärkte, die subventionierte Lebensmittel anboten. Immer häufiger bezogen sie ihre Ware dabei aus der Produktion von Firmen, die Chávez enteignet hatte, darunter Milchhersteller, Kaffeeproduzenten, Zuckerrohrfabriken. Er nahm sich, was er wollte.

Staatsbetriebe, die kaum noch produzierten; ein Dollarkurs, der auf dem Schwarzmarkt in die Höhe schoss; Lebensmittel, die in großen Mengen aus dem Land geschmuggelt wurden – all das nahm Chávez in Kauf, im Glauben an einen ewigen Ölboom. Nur eines hatte er nicht bedacht: dass der Ölpreis sinken könnte.

Bei mehr als 100 Dollar müsste der Preis für ein Barrel den Analysten der Credit Suisse zufolge liegen, damit Venezuela einen ausgeglichenen Haushalt hat. Bei der Deutschen Bank errechnete man einen Wert von 162 Dollar.

Das ist die Lage, mit der Nicolás Maduro nun klarkommen muss. Nie war er so unbeliebt wie heute. Umfragen zufolge glauben fast drei Viertel der Bevölkerung seinen Erklärungen nicht mehr. Die Menschen wollen andere Antworten, und auch deshalb warteten viele in Caracas gespannt auf Maduros große Rede an die Nation, die er wegen seiner Auslandsreisen zweimal verschoben hatte.

Maduro, der frühere Busfahrer, „Chávez’ treuer Hund“, wie ihn der US-Botschafter in einer WikiLeaks-Depesche nannte, ausgerechnet er muss jetzt den breitbeinigen Caudillo geben. „Wir haben ein paar Probleme“, ruft Maduro vor der Nationalversammlung, „aber wir werden sie überwinden.“

Er kündigt an, in den nächsten Wochen 34 Supermärkte zu eröffnen, um die Versorgung der Bevölkerung zu garantieren. Um zu verhindern, dass einzelne Kunden die Regale leer kaufen, will er ein landesweites Kassensystem einführen, das ihre Fingerabdrücke registriert. Außerdem plant er, den Mindestlohn um 15 Prozent anzuheben, was für eine Supermarktangestellte wie Marielys Rosal bedeutet, dass sie sich auf dem Schwarzmarkt vier zusätzliche Päckchen Milchpulver im Monat kaufen könnte.

Drei Stunden spricht Maduro. So oft fallen dabei die Sätze „mehr Revolution“ und „mehr Razzien in Lebensmittellagern“, dass Marielys Rosal die Rede nicht mal hören muss, um zu wissen, was er gesagt hat. „Ist eh immer dieselbe Leier“, sagt sie.

Nachdem Rodrigo Pérez aufgebrochen ist, hat Rosal die Verantwortung für die Filiale in Catia übernommen, eine 32-jährige Frau, die sich erschöpft gegen die Eingangstür lehnt. „Wir stehen kurz vor dem Infarkt“, sagt sie. Obwohl sie gestern erst um Mitternacht geschlossen haben, war sie heute um halb sieben wieder da. Seit Wochen sieht sie ihre elfjährige Tochter kaum. Rosal hat Marketing studiert, sie sagt, sie würde gern etwas Sinnvolleres machen, als täglich einen Supermarkt mit Flatterband abzusperren.

Nur eines mag sie noch an ihrem Job: dass sie sich selbst nicht anstellen muss für Lebensmittel.

Dann kommt die Meldung, dass der Laster da ist. Während die Ware ausgeladen wird, trägt Rosal die Stückzahlen in eine Liste ein. Es ist das gekommen, was versprochen war, auch die sieben Paletten Milchpulver sind dabei, auf der Verpackung steht, dass das Produkt zu „100 Prozent aus Venezuela“ stamme. „Volksverarsche“, sagt Rosal.

Das Milchpulver lässt sie in einen abgetrennten Bereich hinter den Kassen räumen, weil sie in der Vergangenheit erlebt hat, dass Kunden Päckchen unter den Regalen verstecken, um sie am nächsten Tag mitzunehmen. Auch den Reis, die Margarine und das Speiseöl lässt sie auf den Paletten, in drei Stunden ist ohnehin alles weg.

Vor dem Laden stehen die Kunden mittlerweile zwei Blocks die Straße hoch. Der Verkehr schiebt sich im Schritttempo vorbei. Die staatlichen Kontrolleure mit den Safariwesten sammeln Personalausweise ein, was dafür sorgen soll, dass die Reihenfolge eingehalten wird, wenn der Supermarkt öffnet. Als sie eine Frau herausfischen, die nur eine Kopie des Ausweises dabeihat, muss die Polizei eingreifen, um die Menge zu beruhigen.

Marielys Rosal, die den Tumult vom Eingang aus beobachtet, schüttelt stumm den Kopf, als würde sie sich fragen, ob das alles wahr ist oder nur ein sonderbarer Traum.

Dann wird sie von einer Kontrolleurin angetippt, die sich als Escarlethd Castro vorstellt und bei ihrem Streifzug durch die Regale festgestellt hat, dass bei einigen Produkten der Preis nicht ausgewiesen ist.

„Was ist da los?“, fragt Castro, die drei Söhne hat und halbtags in der Verwaltung eines Krankenhauses arbeitet. Vor ein paar Jahren hat sie bei einem Kadertraining in Havanna Fidel Castro die Hand geschüttelt. Sie glaubt fest daran, dass die Oligarchen einen Wirtschaftskrieg gegen Maduro führen.

Rosal atmet tief durch. Ihre Chefs haben sie angewiesen, den Kontrolleuren freundlich zu begegnen. Mit leicht genervter Stimme sagt sie, dass sie wegen des Chaos am Tag zuvor nicht mehr dazu gekommen seien, die gesamte Ware zu etikettieren.

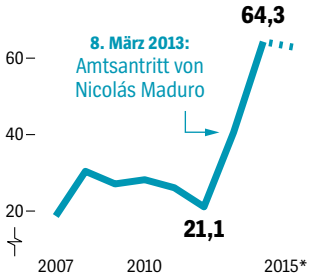
„Das geht so nicht“, sagt Castro streng. „Der Kunde will sich ein Bild machen. Wenn ihr nicht dazu kommt, alles zu etikettieren, dann müsst ihr halt mehr Leute einstellen!“ Die Kontrolleurin insistiert, als wäre sie einer großen Preistreiber-Verschwörung auf der Spur. Sie droht, eine Meldung ans Ernährungsministerium zu schicken, was bedeuten kann, dass bald ein Bußgeld fällig wird.

Als der Laster vollständig entladen ist, schicken die Kontrolleure alle Mitarbeiter vor die Tür. Nur

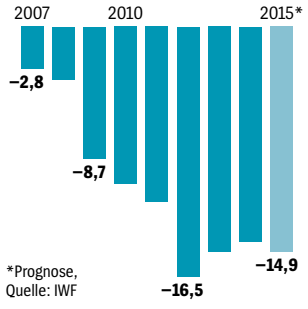


VENEZUELA

Inflation in Prozent

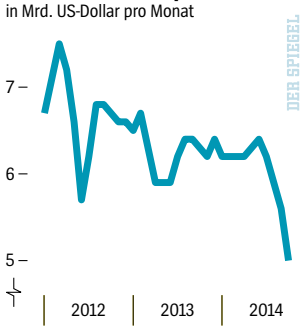


Haushaltsdefizit in Prozent des BIP



*Prognose,
Quelle: IWF

Erlöse aus Erdölexporten
in Mrd. US-Dollar pro Monat



Quellen: EIA, eigene Berechnungen



Kunden im DíaDía-Supermarkt: Es ist schwierig, Menschen zu mobilisieren, die für Essen anstehen

die Kassen sind noch besetzt. Jetzt, bevor der Ansturm losgeht, nimmt Castro ihren Rucksack ab und geht erst mal in Ruhe im Laden einkaufen.

Es ist das Privileg der Revolutionäre.

Es ist ein seltsamer Tag. Für den Morgen hat die Opposition zu einem „Marsch der leeren Pfannen“ aufgerufen, aber viele, die eigentlich demonstrieren wollen, überlegen es sich auf dem Weg zum Treffpunkt anders, weil die Regierung Stände aufgebaut hat, an denen sie kostenlos Lebensmittel austeilt, unter anderem Milch, die, wie Rosal glaubt, von ihrem Zulieferer Zuli Milk konfisziert wurde. Henrique Capriles Radonski, der Anführer der Opposition, hat eine Rede angekündigt, aber dann bleibt er der Kundgebung fern. Vermutlich, weil ein Politiker, der vor leeren Reihen spricht, nicht sonderlich Eindruck macht.

Capriles, ein 42-jähriger Jurist, der seit 2008 Gouverneur des Bundesstaates Miranda ist, empfängt in diesen Tagen in seinem Büro im Zentrum von Caracas. Er trägt eine Baseballkappe, abgewetzte Jeans und Joggingschuhe. Es ist eine Art Berufskleidung, die er sich zugelegt hat, um das Bild des eloquenten Oberschichtsanwalts zu korrigieren, das die Regierungspresse von ihm zeichnet. Capriles stammt mütterlicherseits aus einer jüdischen Familie, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Betrieb von Shoppingmalls und Kinos ein Vermögen gemacht hat. Nach Chávez’ Tod kandidierte er gegen Maduro, das Ergebnis war so knapp, dass Capriles bis heute davon ausgeht, dass es manipuliert war.

Capriles bittet in ein kahles, fensterloses Besprechungszimmer. Im Fernsehen läuft eine Wiederholung von Maduros Rede. Capriles dreht den Ton ab. Er sagt: „Der glaubt doch selbst nicht, was er da erzählt.“

Dann legt er seine Kappe vor sich auf den Tisch. „Ist Ihnen eigentlich bewusst“, fragt er, „dass die Regierung den größten Teil des Öls in Form von Futures auf den Markt bringt? Das bedeutet, dass wir die Quittung für den aktuellen Ölpreis erst in drei Monaten bekommen. Wenn unsere Lager aber jetzt schon leer sind – was wird dann im April, im Mai, im Juni?“

Zu jedem Monat klopft Capriles mit dem Zeigefinger auf den Tisch. Anders als Maduro spricht er in kurzen, einfachen Sätzen. Um aus dieser Krise herauszufinden, sagt er, müsste man selbst wieder anfangen zu produzieren. Dazu brauchte es einen vertrauenswürdigen Staat, der Investoren nicht willkürlich enteignet, eine Justiz, die nicht allein im Sinne der Revolution urteilt, eine Devisenbehörde, deren Angestellte das Geld nicht abzweigen, sondern wechseln.

„Was wir nicht brauchen“, sagt Capriles, „sind noch mehr Kontrollen und Fingerabdrucksysteme.“

Alles steht still, nicht nur in den Schlangen. Die Menschen warten, sie warten auf den Zusammenbruch.

Im vergangenen Jahr, als während wochenlanger Proteste gegen die Regierung 43 Menschen starben, hatte Capriles dazu aufgerufen, sich zurückzuhalten. Er sagt, er habe darauf warten wollen, dass sich die Revolution von selbst erledigt, ohne Gewalt, und dieser Kollaps, glaubt er, stehe jetzt bevor. „Was sich da zusammenbraut“, sagt er, „ist der perfekte Sturm.“

Ende des Jahres sind Parlamentswahlen, bis dahin will Capriles die Empörung seiner Landsleute in politische Kraft umwandeln. Aber es ist schwierig, Menschen zu mobilisieren, die für Essen anstehen. Es ist schwierig, weil ihnen die Logik der internationalen Märkte wenig Spielraum lässt. Wenn Venezuela seine Währung abwertete, um sie der Wirklichkeit anzupassen, würden innerhalb weniger Tage die Preise explodieren.

Es ist auch deshalb schwierig, weil sich die verschiedenen Oppositionsparteien über vieles uneins sind, nicht zuletzt über die Frage, was es ihnen bringen würde, ein desolates Land zu übernehmen. Und Chávez hat derart viele Waffen unter seine Anhänger gebracht, dass sich die Revolution vermutlich nicht so einfach abwählen lässt. Selbstverständlich würde sie kämpfen, sagte die Kontrolleurin Escarlethd Castro vor dem Supermarkt.

Es sind Tage, in denen eine trügerische Ruhe über der Stadt liegt. Alles steht still, nicht nur in den Schlangen, wo die Menschen darauf warten, dass die Regierung endlich mehr als Worte liefert. Sie warten auf eine Idee, auf den Zusammenbruch, sie fragen sich, was Chávez, dessen Leichnam auf dem Hügel oberhalb des DíaDía aufgebahrt in einem Mausoleum liegt, Maduro raten würde.

Anfang Februar servieren auch die besten Restaurants in Caracas den Kaffee nur noch schwarz. In den Krankenhäusern sterben Menschen, weil es an lebensnotwendigen Medikamenten fehlt. Maduro lässt Antonio Ledezma verhaften, den oppositionellen Bürgermeister von Caracas.

Am 2. Februar finden sich die Manager verschiedener privater Supermärkte im Präsidentenpalast zu einem Treffen mit dem Ernährungsminister ein. Manuel Morales, einer der Mitbesitzer von DíaDía, präsentiert Dokumente, die belegen, dass ihre Ware nicht länger als drei Tage in den Lagern liegt, ehe sie in die Läden kommt. Morales ahnt nicht, dass draußen Polizisten warten, die ihn beim Verlassen des Palasts verhaften werden.

In den Stunden danach überschlagen sich die Ereignisse. Dutzende Mitarbeiter von DíaDía werden zu Verhören vorgeladen, Soldaten besetzen das Verteilzentrum. „Auch bei uns“, erzählt später die Verkäuferin Marielys Rosal, „standen sie plötzlich vor der Tür, Bewaffnete, die meinten, dass sie ab jetzt das Sagen hätten.“ Das Staatsfernsehen schaltet in einer Sondersendung zu Maduro, der die Erklärung zu den Bildern der Besetzung liefert.

„DíaDía“, ruft der Präsident, „führt einen Krieg gegen das Volk.“ Kontrollen hätten ergeben, dass die Kette Lebensmittel horte. Weil er einen solchen Sabotageakt nicht tolerieren könne, werde er DíaDía in das System staatlicher Supermärkte integrieren.

Die Enteignung war ein Schock, Betriebsleiter Rodrigo Pérez kann es bis heute nicht verstehen. „Jeder unserer Schritte“, sagt er, „wird so streng überwacht, dass es unmöglich ist, Waren zu horten.“

Ende Februar sitzt sein Chef Manuel Morales immer noch in Haft. Die enteigneten Besitzer wollen vor Gericht ziehen, aber sie ahnen, dass ihre Chancen schlecht stehen. Maduro braucht Opfer wie sie, um selbst zu überleben. ■

FOTO: MERIDITH KOHUT / DER SPIEGEL